Synoptische Kurzdarstellung Hauptsatzungsinhalt (Stand: 09.03.2009)

derzeit geltende Hauptsatzung nach GO vom 06.10.2004 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 29.09.2007		Hauptsatzung nach Anpassung an die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg – zu beschließen März 2009	
§ 1	Name der Gemeinde	§ 1	Name der Gemeinde und Gemeindegebiet
§ 2	Wappen, Flagge und Dienstsiegel	§ 2	Wappen, Flagge und Dienstsiegel
§ 3	Stadtgebiet		(siehe § 1)
§ 4	Unterrichtung der Einwohner, Einsicht in Beschlussvorlagen	§ 4	Förmliche Einwohnerbeteiligung; Einsicht in Beschlussvorlagen
§ 5	Gleichstellungsbeauftragte	§ 6	Gleichstellungsbeauftragte
§ 6	Förderung der sorbischen (wendischen) Minderheit	§ 3	Förderung der sorbischen (wendischen) Minderheit
§ 7	Ausländerbeirat (entfallen)		(siehe auch nachfolgenden § 7; Möglichkeit von detaillierten Regelungen, wenn politisch gewollt)
§ 8	Beauftragungen	§ 7	Beauftragte
§ 9	Entscheidungen der Gemeindevertretung über Grundstücks- und Vermögensgeschäfte	§ 8	Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung über Vermögensgeschäfte
§ 10	Der Gemeindevertretung vorbehaltene Gruppen von Entscheidungen	§ 10	Der Gemeindevertretung vorbehaltene Gruppen von Entscheidungen
§ 11	Rechte und Pflichten der Stadtverordneten	§ 9	Mitteilungspflicht von ausgeübtem Beruf oder anderer Tätigkeit (neu gefasst, da Inhalt alter § 11 in KVerf ausreichend geregelt)

§ 12	Stadtverordnetenversammlung		(entfallen, da teilweise Angelegenheit der GeschO und auch dort verankert)
§ 13	Ausschüsse		(entfallen, ausreichende Regelungen in KVerf und GeschO unter Verweis empfehlender Status, kein Gemeindeorgan)
§ 14	Hauptausschuss	§ 13	Hauptausschuss
§ 15	Ortsbeiräte	§ 12	Bildung von Ortsteilen
§ 16	Vertretung des Oberbürgermeisters	§ 15	Stellvertretung im Amt
§ 17	Gemeindebedienstete		(entfallen, da in § 62 KVerf ausreichend geregelt und in Abs. 3 als -kann-Bestimmung, wenn OB seine Personalhoheit teilen möchte)
§ 18	Bekanntmachungen	§ 16	Bekanntmachungen
§ 19	Inkrafttreten	§ 17	Inkrafttreten
		Neu:	
		§ 5	Ausschluss der Briefabstimmung bei Bürgerentscheiden (neu gefasst, siehe § 15 Abs. 6 KVerf)
		§ 11	Öffentlichkeit der Sitzungen (neu gefasst; bisherige Regelung alter § 12 Abs. 3)
		§ 14	Zahl der Beigeordneten (neu gefasst; bisher nur als Vorlagenbeschluss; siehe jetzt § 59 Abs. 2 KVerf)